



Amtsgericht Höxter

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Freitag, 09.10.2026, 09:30 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, Möllingerstr. 8, 37671 Höxter**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Fürstenau, Blatt 606, BV lfd. Nr. 4

Gemarkung Fürstenau, Flur 7, Flurstück 340, Gebäude- und Freifläche,
Steinbachtal 16, Größe: 643 m²

Eigentümer:

- a) Karl-Friedrich Seemann
 - b) Simone Tolle
- zu je 1/2 Anteil-

versteigert werden.

Es handelt sich um ein eingeschossige Einfamilienhaus mit Carport, welches im Jahre 2006 in Holzbauweise mit einem ausgebauten Dachgeschoß auf einem Massivkeller errichtet wurde. Die Ausstattungen und die technischen Installationen des Objektes sind dem Baujahr entsprechend und genügen somit den heutigen Ansprüchen an zeitgemäßes Wohnen. Das Objekt verfügt über eine ökologische Beheizung und eine Brauchwasserversorgung über eine Zisterne. Die Bauweise läßt auf einen sparsamen Energieverbrauch schließen. Die Fassade besteht aus einer Holzschalung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 30.07.2024 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

230.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.